

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 40/017/2019

Bauausschuss am 03.06.2019

Zu Punkt 5: Interkommunales Projekt Campus Sandheide - Abschlussbericht zur Machbarkeitsstudie; Fortführungsbeschluss für die weitere Planung und Ausführung

Frau Haase erklärt zunächst, dass es sich bei der Vorlage um eine gemeinschaftliche Vorlage mit der Stadt Erkrath handelt und deswegen kein früherer Versand möglich war.

Sie weist darauf hin, dass in der Sitzung des Bauausschusses lediglich die baulichen Aspekte betrachtet und beraten werden sollen. Die Diskussion der pädagogischen Aspekte erfolgt in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 13.06.2018.

Sie informiert den Ausschuss über den Brand am 01.06.2018 in der Grundschule Sandheide. Das Gebäude konnte nicht gerettet werden und ist komplett ausgebrannt. Angesichts des Vorfalles ist es erforderlich, das Gebäude komplett neu zu errichten. Die Stadt Erkrath hat sofort auf die Situation reagiert und die Kinder in anderen Schulen untergebracht.

Der Zeitplan auf Seite 9 der Vorlage kann aufgrund des Vorfalles nicht eingehalten werden. Der geplante Einzugstermin 2028 muss zwischen der Stadt Erkrath und dem Kreis neu verhandelt werden. Ein zeitgleicher statt abschnittsweiser Bau sollte angestrebt werden.

Herr Ehlert stimmt dem zu.

Herr Rech bestätigt, das Projekt schnell und förderlich zu unterstützen. Aus seiner Sicht liegt für die Umsetzung eine gute Grundlage vor.

Herr Kanschat gibt bekannt, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Abstimmung auf Grund noch bestehender Unstimmigkeiten zwischen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Erkrath und der Kreistagsfraktion enthalten wird.

Herr Madeia schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an und teilt mit, dass die CDU dieses Vorhaben unterstützen wird.

Herr Brazda erfragt, ob für das Projekt Fördermittel beantragt werden können.

Frau Haase erläutert, dass die Stadt Erkrath Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ erhalten wird. Der Bau von Schulgebäuden ist generell nicht förderfähig, hier ergibt sich jedoch auch ein Vorteil für das Quartier Sandheide.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Fortführung der weiteren Planung und Ausführung des interkommunalen Projekts Campus Sandheide beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
bei 1 Nichtteilnahme der Fraktion DIE LINKE

Ausschuss für Schule und Sport am 13.06.2019

Zu Punkt 7: Interkommunales Projekt Campus Sandheide - Abschlussbericht zur Machbarkeitsstudie; Fortführungsbeschluss für die weitere Planung und Ausführung

Frau Haase führt aus, dass sich durch den Brand der Grundschule in der Sandheide die zeitlichen Rahmenbedingungen für das Projekt geändert haben. Der ursprüngliche Zeitplan bis 2028 wurde von vornherein kritisch gesehen. Sie hebt den professionellen Umgang der Stadt Erkrath mit der Krisensituation positiv hervor. Für alle Kinder konnten kurzfristig Ausweichplätze an drei verschiedenen Orten geschaffen werden. Nach den Sommerferien wird eine gemeinsame Beschulung in einem Gebäude angestrebt.

Frau Köster-Flashar merkt an, dass es sich bei der abgebrannten Schule um ein älteres Schulgebäude handelte. D.h. es wurden entsprechende Materialien verwendet. Sie stellt die Frage, ob Schadstoffe freigesetzt worden sind. Frau Haase geht davon aus, dass die Feuerwehr dies mitteilen würde. Momentan sind sowohl die Versicherung als auch die Kripo vor Ort. *(redaktionelle Anmerkung: Inzwischen hat die Erkrather Feuerwehr die Frage nach belastenden Rückständen durch Feuer und Löscheinsatz beantwortet: „nach Messungen und Prüfungen der Fachleute hat es keine gefährlichen Ausstöße, Niederschläge und Versickerungen gegeben“).*

Auf Nachfrage von Frau Mick-Teubler bestätigt Frau Haase, dass die Ergebnisse des Workshops in die Machbarkeitsstudie eingeflossen sind. Frau Mick-Teubler hinterfragt zudem, ob es üblich sei, dass die Schulkonferenz einer Grundschule eine solche Stellungnahme abgebe. Die Ausführungen im zweiten Teil der Stellungnahme zu den Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe 1 seien ihr sehr negativ aufgefallen.

Frau Haase erklärt, dass diese Form der Erklärung nicht in der Zuständigkeit der Schulkonferenz einer Grundschule sehe und sie, sofern sie für diese Schule Schulträgerin wäre, interveniert hätte. Diese Form der Beteiligung für solche Aussagen zu nutzen, hält sie für sehr fragwürdig.

Herr Köster verweist auf das Recht einer Schulkonferenz, eigene Stellungnahmen abzugeben.

Frau Haase betont, dass es nicht darum gehe, der Schulkonferenz ein grundsätzliches Recht auf Stellungnahme abzusprechen. Ihr gehe es vielmehr darum, dass sich eine Schulkonferenz klar an der Ausgangsfrage und im Rahmen der Zuständigkeiten bewegen sollte.

Frau Köster-Flashar fragt nach einem „Plan B“, für den Fall, dass es die Stadt Erkrath zeitlich und ggf. finanziell nicht schafft, mit dem Kreis ein Schulgebäude zu errichten. Das Pensum der anstehenden Neubaumaßnahmen hat in Erkrath ein sehr großes Ausmaß angenommen und die Akquise von Fördermitteln stelle sich ggf. schwierig dar.

Frau Haase erwidert, dass es keine Fördermittel für Schulneubauten gibt. Die Mittel aus dem Fördertopf „Soziale Stadt“ sind für das Gemeinschaftshaus angedacht.

Darüber hinaus teilt Frau Haase mit, dass seitens des Kreises geplant ist, eine Stelle für einen Bauingenieur im Stellenplan zu beantragen, um die Bauphase zu begleiten.

Herr Anhut fragt, ob eine Ganztagsbetreuung festgelegt oder angeboten wird. Darüber hinaus hinterfragt er die geplanten Schülerzahlen.

Frau Haase gibt an, künftig eine annähernd 100-prozentige Ganztagsbetreuung bei Neubauten einzuplanen. Die Klassenräume werden multifunktional und mit einer größeren Quadratmeterfläche geplant. Die Neubauten werden für 300 Grundschulkindern und 196 Förderschulkindern geplant. Nach dem Ergebnis der laufenden Schulentwicklungsplanung wurden die Zahlen für das Förderzentrum in Erkrath im Verlauf der Machbarkeitsstudie nach oben korrigiert.

Frau Haase erklärt, dass die veränderten Rahmenbedingungen weitere Gespräche mit allen Beteiligten erfordern. Sie sagt zu, darüber laufend zu berichten.

Herr Janssen stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, die Beschlussformulierung um folgenden Satz zu ergänzen:

„Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, aufgrund der aktuellen Gegebenheiten, die zeitliche Umsetzung der Maßnahme in Zusammenarbeit mit der Stadt Erkrath, zu forcieren.“

Der Vorsitzende lässt über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Fortführung der weiteren Planung und Ausführung des interkommunalen Projekts Campus Sandheide beauftragt.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, aufgrund der aktuellen Gegebenheiten, die zeitliche Umsetzung der Maßnahme in Zusammenarbeit mit der Stadt Erkrath, zu forcieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen